

Infodienst

Nachrichten aus Feuerwehr, Katastrophenschutz, Rettungsdienst und Krisenmanagement

Nummer 04 Jahrgang 2022

23. Dezember 2022

*Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Bevölkerungsschutzfamilie,*

in diesen Tagen geht ein bewegtes Jahr zu Ende, das uns alle erneut über die Maße gefordert hat. Die immer noch andauernde Corona-Pandemie, der schreckliche Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, die drohende Energiekrise – all das sind Themen, die uns beschäftigt haben und auch noch weiterhin beschäftigen werden. Sicherlich fühlen sich viele von Ihnen müde und ausgelaugt angesichts der schlechten Nachrichten, der Fülle an zusätzlichen Aufgaben und besonders angesichts des langen Zeitraums, den diese Krisen jetzt bereits andauern.



Doch ich hoffe, Sie erinnern sich auch an viele schöne und bereichernde Momente im zu Ende gehenden Jahr und blicken trotz der herausfordernden Zeit zuversichtlich auf 2023. In der aktuellen Lage zeigt sich wieder einmal deutlich, dass auf die Bevölkerungsschutzfamilie jederzeit Verlass ist. Hierauf bin ich als für den Bevölkerungsschutz verantwortlicher Staatssekretär sehr stolz! Sie helfen haupt- oder ehrenamtlich dort, wo die Not am größten ist. Sie unterstützen Ihre Mitmenschen und sind mit Ihrer Hingabe, Ihrem Herzblut und Ihrer hohen Professionalität ein ganz entscheidender Pfeiler der Gesellschaft. Dafür gebühren Ihnen unser Dank und unsere größte Anerkennung.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine frohe und besinnliche Weihnachtszeit sowie einige hoffentlich ruhige und erholsame Tage im Kreise Ihrer Lieben. Ganz herzlich danken möchte ich besonders denjenigen unter Ihnen, die an den Feiertagen für den Bevölkerungsschutz im Einsatz sind. Bitte achten Sie auf sich und Ihre Kameradinnen und Kameraden und kommen Sie vor allem immer unbeschadet von Ihren Einsätzen zurück.

Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen viel Kraft und Erfolg. Und vor allem natürlich, dass Sie gesund bleiben.

Ihr

Wilfried Klenk
Staatssekretär



Bild: Adobe Stock



Jahresempfang für die im Land stationierten Streitkräfte

(ID) Die Landesregierung hat am 10. November 2022 Vertreter der Bundeswehr und der befreundeten Streitkräfte aus Europa und den USA sowie Vertreter aus Polizei, Politik und Verwaltung im Mannheimer Schloss empfangen.



Innenminister Thomas Strobl und die Gäste des Jahresempfanges für die im Land stationierten Streitkräfte im Ritteraal des Schlosses in Mannheim. Alle Bilder dieses Artikels: Steffen Schmid



retrender Kommandant von AFRICOM und Vertreter der US-Streitkräfte, und Colonel Matthieu Pratt von der Deutsch-Französischen Brigade begrüßten die Gäste ebenfalls. Das Heeresmusikkorps Veitshöchheim und die U.S. Army Europe and Africa Band & Chorus musizierten bei einer von Fackeln erleuchteten Serenade im Ehrenhof des Mannheimer Schlosses.

„Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine macht deutlich, wie wichtig es ist, dass wir wehrhaft sind, in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und in den NATO-Mitgliedsstaaten insgesamt. Unsere Verteidigung hängt von jeder Soldatin und jedem Soldaten ab, die Tag für Tag für unsere Freiheit und für unsere äußere Sicherheit eintreten. Dafür gebührt ihnen ein besonderer Dank. Gleichzeitig muss der Bundeswehr die gesellschaftliche Anerkennung zu Teil werden, die sie verdient – denn die Soldatinnen und Soldaten stehen mit ihrem Leben für unser aller Sicherheit ein. Diese Wertschätzung durch die Menschen im Land, die das Militär verdient hat, hat in den letzten Monaten glücklicherweise erheblich zugenommen“, sagte Innenminister

Thomas Strobl am 10. November 2022 beim Streitkräfteempfang in Mannheim. Der Minister begrüßte rund 200 Vertreterinnen und Vertreter der Bundeswehr und der befreundeten Streitkräfte aus Europa und den USA sowie Vertreter aus Politik, Polizei und Verwaltung zum Jahresempfang der Landesregierung für die im Land stationierten Streitkräfte im Ritteraal des Schlosses in Mannheim.

Oberst Thomas Köhring, Kommandeur des Landeskommandos Baden-Württemberg, Generalleutnant A. Richard Laurijssen, Chef des Stabes JSEC – Chief of Staff (nato.int), Reinhold Wis Müller, Direktor beim Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Lieutenant General Kirk W. Smith, stellver-

„Die Bundeswehr steht neben ihrem militärischen Auftrag auch weiterhin im Not- und Katastrophenfall bereit, um Hilfe zu leisten. Auch deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir in unsere Bundeswehr investieren. Nur mit der nötigen Ausrüstung kann die Bundeswehr ihren Auftrag erfüllen. Wir sind auf die schnelle und kompetente Hilfe der Bundeswehr in krisenhaften Situationen angewiesen – und wir können uns auf diese Hilfe verlassen! Dafür ein herzliches Dankeschön an die Soldatinnen und Soldaten“, bedankte sich Innenminister Thomas Strobl im Namen der gesamten Landesregierung.

Bilder der Veranstaltung finden Sie auf unserer Homepage in der Mediathek unter: <https://kurzelinks.de/nzen>



Auszeichnung ehrenamtsfreundlicher Arbeitgeber in Weissach

(ID) 34 Unternehmen in Baden-Württemberg haben am 17. November 2022 die Auszeichnung „Ehrenamtsfreundlicher Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz“ erhalten. Die Verleihung geht jährlich an baden-württembergische Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seit vielen Jahren bei der Ausübung des Ehrenamts im Bevölkerungsschutz unterstützen.

„Die Basis des Bevölkerungsschutzes ist das Ehrenamt. Die außerordentliche Bereitschaft unserer Ehrenamtlichen ist entscheidend dafür, dass sich die Menschen in Baden-Württemberg auf einen starken Bevölkerungsschutz verlassen können. Seit vielen Jahrzehnten helfen Frauen und Männer in Hilfsorganisationen anderen Menschen: engagiert, hoch motiviert, letztlich getragen vom humanitären Grundgedanken. Das gegenseitige ‚füreinander da sein‘ ist das herausragende Merkmal. Das alles macht das Ehrenamt unverzichtbar! Und gerade das ist in diesen herausfordernden Zeiten, die mit so vielen Unwägbarkeiten einhergehen, von enormer Wichtigkeit und gleichzeitig alles andere als selbstverständlich“, sagte Innenminister Thomas Strobl am 17. November 2022 in Weissach bei der Verleihung der Auszeichnung „Ehrenamtsfreundlicher Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz“ an 34 Unternehmen. Diese Auszeichnung wird vom Land Baden-Württemberg jährlich an Unternehmen verliehen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ausübung des Ehrenamts im Bevölkerungsschutz unterstützen und es ihnen ermöglichen, im Notfall unverzüglich in den Einsatz zu gehen.

„Die Arbeitgeber, die wir heute auszeichnen, ermöglichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer kurzfristig und jederzeit den Hilfeinsatz. Da ist die gesamte Bandbreite unserer unternehmerischen Landschaft vertreten: Weltmarktführer, der starke Mittelstand und das Handwerk. Sie bieten die Gewähr dafür, dass ihre ehrenamtlich tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spontan den Arbeitsplatz verlassen und in den Einsatz für uns alle gehen können. Ohne diese Unterstützung durch die Arbeitgeber wäre die Bewältigung von verheerenden Naturkatastrophen, Bränden, Verkehrsunfällen und großen Unglücksfällen unmöglich“, so der Innenminister.

„Die Unterstützung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Wohle des Bevölkerungsschutzes und der Gemeinschaft in unserem Land kann

nicht hoch genug wertgeschätzt werden. Wir haben engagierte, selbstbewusste Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die auch in diesen Zeiten das Ruder übernehmen und führen ihr Unternehmen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch den Sturm. Und wir haben zupackende engagierte und hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die wissen: Jetzt zählt es, jetzt kommt es auf jeden Einzelnen an. Ihnen allen gebührt mein Dank“, wandte sich Innenminister Thomas Strobl an die ausgezeichneten Betriebe.

Bei der Feierstunde in Weissach wurden die folgenden Unternehmen ausgezeichnet:

- BROPACK Bronner Packmittel GmbH, 72175 Dornhan
- Dräger Safety AG & Co. KGaA, 70567 Stuttgart
- Druckhaus Mayer GmbH & Co. KG, 72406 Bisingen
- EnDes Engineering und Design GmbH, 70499 Stuttgart
- Etter Fenstertechnik GmbH & Co. KG, 72348 Rosenfeld
- Fischer Holding GmbH & Co. KG, 72178 Waldachtal
- Flexco Europe GmbH, 72348 Rosenfeld
- Fecker & Family, 72406 Bisingen
- Häberle Laser- und Feinwerktechnik GmbH & Co. KG, 78713 Schramberg
- Heckler & Koch GmbH, 78727 Oberndorf am Neckar
- Holzbau Harr GmbH, 72221 Haiterbach
- Hugo Benzing GmbH & Co. KG, 70825 Korntal-Münchingen
- Hugo Brennenstuhl GmbH & Co. KG, 72074 Tübingen
- Images & Words GmbH, 71638 Ludwigsburg
- innovaphone AG, 71063 Sindelfingen
- KARL MAYER STOLL Textilmaschinenfabrik GmbH, 72760 Reutlingen
- Liebherr Mischtechnik GmbH, 88427 Bad Schussenried
- Liebherr-Werk Ehingen GmbH, 89584 Ehingen



Bild: Franziska Kraufmann

- MAFELL AG, 78727 Oberndorf am Neckar
- Maler Mast GbR, 71149 Bondorf
- MH Präzisionsschleiferei GmbH, 73101 Aichelberg
- Paul Bippus GmbH & Co KG, 78727 Oberndorf am Neckar
- Peter Mohn GmbH & Co. KG, 74354 Besigheim
- ProTRONIC Computer GmbH, 72336 Balingen
- Rheinmetall Waffe Munition GmbH, 78727 Oberndorf am Neckar
- Rüdiger Nädele, 72147 Nehren
- Schmidt GmbH, 89542 Herbrechtingen-Bissingen
- SCHNEEBERGER GmbH, 75339 Höfen an der Enz
- Schwarzwälder Textil-Werke Heinrich Kautzmann GmbH, 77773 Schenckzell
- SCHWÄBISCHE HÜTTENWERKE AUTOMOTIVE GMBH, 88427 Bad Schussenried
- Somfy GmbH, 72108 Rottenburg am Neckar
- Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG, 75179 Pforzheim
- the-Company.de GmbH und Co.KG, 71665 Vaihingen an der Enz
- Walter Eckhardt GmbH, 70825 Korntal-Münchingen

Hilfsorganisationen und Kommunen hatten Vorschläge eingereicht, die vom Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen ausgewertet wurden.

Fotos der Veranstaltung finden Sie in der Mediathek auf unserer Homepage unter: <https://kurzelinks.de/4s7w>

Entscheidung über die künftigen Luftrettungsstandorte

(ID) Um die Luftrettung in Baden-Württemberg noch weiter zu optimieren, werden die bisherigen acht Standorte um zwei weitere Standorte ergänzt und teilweise verlegt. Damit wird für alle Menschen in Baden-Württemberg eine noch schnellere Luftrettung gesichert.



Bild: DRF Luftrettung

„Es ist unser klares Ziel, eine gute und schnelle Luftrettung für alle Menschen in Baden-Württemberg sicherzustellen. Dazu richten wir die Rettungshubschrauberstandorte gezielter an den heutigen Bedürfnissen der Notfallpatientinnen und -patienten aus. Wir erhöhen die Zahl der Rettungshubschrauber von acht auf zehn und schließen durch die Verlegung von Rettungshubschraubern Lücken bei der Luftrettung“, sagte Staatssekretär Wilfried Klenk anlässlich der Bekanntgabe der Standortentscheidungen bei der Luftrettung.

Die Standortentscheidungen setzen die fachlichen Empfehlungen der Struktur- und Bedarfsanalyse der Luftrettung in Baden-Württemberg aus dem Jahr 2020 um, die das Land beim Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement des Klinikums der Universität München erstellen ließ. Die jetzt getroffenen Entscheidungen basieren auf dem Ergebnis intensiver und umfassender Prüfungen der Regierungspräsidien Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Tübingen zur Machbarkeit einzelner auf Grundlage des Gutachtens in Aussicht genommener Standorte. Dabei wurden neben topographischer Geeignetheit, Umweltverträglichkeitsprüfung und Lärmschutzprüfung auch einsatztaktische Aspekte in den Blick genommen.

Die neuen Luftrettungsstandorte in

Baden-Württemberg sind:

- Neubau eines Luftrettungsstandortes in Lahr (Ortenaukreis)
- Neubau eines Luftrettungsstandortes im Bereich Ravenstein (Neckar-Odenwald-Kreis)
- Christoph 11 Villingen-Schwenningen (Standort unverändert, Einsatzbereitschaft 24 Stunden)
- Christoph 22 Ulm (unverändert, Ausweitung in den Randzeiten)
- Christoph 41 Tübingen BG-Klinik (anstelle Leonberg)
- Christoph 43 Karlsruhe St. Vincentius Krankenhaus (Rückverlegung von Interims-Standort Baden-Airpark)
- Christoph 45 Deggenhauseral-Wittenhofen (anstelle Friedrichshafen)
- Christoph 51 Stuttgart/Pattonville (Standort unverändert, neu: Einsatzbereitschaft 24 Stunden)
- Christoph 53 Mannheim (unverändert)
- Christoph 54 Freiburg (unverändert)

Der neue Luftrettungsstandort im Bereich Ravenstein (Landkreis Neckar-Odenwald-Kreis) entspricht der gutachterlichen Empfehlung und verbessert die Versorgung der Notfallpatientinnen und -patienten insbesondere im Stadt- und Landkreis Heilbronn und in den Landkreisen Neckar-Odenwald, Hohenlohe und Schwäbisch-Hall.

Durch den neuen Luftrettungsstandort in Lahr wird die Empfehlung der Gut-

achter nach einem neuen Standort auf der Achse Lahr – Freudenstadt umgesetzt und insbesondere die Versorgungsstruktur für die Bevölkerung im Ortenaukreis und im nördlichen Schwarzwald verbessert.

Der Rettungshubschrauber Christoph 41 wird von Leonberg an die BG Klinik Tübingen verlegt. Dort soll die Dachlandstation für Christoph 41 entsprechend ertüchtigt werden. Der neue Standort an der BG Klinik Tübingen entspricht der vom Gutachten empfohlenen Verlegung nach Süden auf die Achse Tübingen – Reutlingen.

Der Rettungshubschrauber Christoph 45 wird von Friedrichshafen nach Deggenhauseral-Wittenhofen verlegt, wo ein neuer Standort entstehen wird. Die Verlegungsentscheidung entspricht der vom Gutachten vorgeschlagenen Verlegung in Richtung Norden auf die Achse Bavendorf – Deggenhauseral.

„Von den künftigen Luftrettungsstandorten in Lahr, im Bereich Ravenstein, Tübingen und Deggenhauseral profitieren insbesondere die Notfallpatientinnen und -patienten in zahlreichen Orten, die tagsüber nicht innerhalb von 20 Minuten durch einen Rettungshubschrauber erreicht werden können. Die Menschen dort sind aktuell unterversorgt, das wollen wir ändern. Die Entscheidungen sind damit ein konkreter Schritt, allen Menschen in ganz Baden-Württemberg die bestmögliche Versorgung mit Luftrettungsmitteln zu bieten“, so Staatssekretär Klenk.

Ein weiterer Baustein in der Luftrettungsplanung ist der Neubau des Dachlandeplatzes an den St. Vincentius-Kliniken in Karlsruhe. Damit einher geht die Rückverlegung von Christoph 43 von seinem derzeitigen Interimsstandort am Baden-Airpark. Diese hat sich aufgrund von Bauschäden in Karlsruhe verzögert. Die St. Vincentius-Kliniken arbeiten bereits mit Hochdruck an einer raschen und dauerhaften Inbetriebnahme der Luftrettungsstation in Karlsruhe. Das Land geht davon aus, dass dies spätestens Ende 2023 der Fall sein wird.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 5

Darüber hinaus werden die Betriebszeiten des Standorts Pattonville auf 24 Stunden erweitert. Das dazu erforderliche Lärmschutzgutachten wird derzeit finalisiert. Das Land hat aber bereits erste gutachterliche Signale erhalten, dass die Möglichkeit der Ausweitung auf einen Nachtbetrieb grundsätzlich besteht.

Nach den Standortentscheidungen können nun die Planungen an den neuen Standorten beginnen und die luftverkehrsrechtlichen Genehmigungen eingeholt werden. Danach werden die Standorte ausgeschrieben und der Bau der Stationen vorangetrieben. Bestehende Luftrettungsstandorte, wie beispielsweise Mannheim oder Ulm, werden nach und nach ertüchtigt, um für die Zukunft auf dem neuesten Stand der Technik und einem Ausschreibungsverfahren zugänglich zu sein.

Am Standort Ulm (Christoph 22) hat das Innenministerium zudem die Erweiterung der Einsatzzeiten in den Morgen- und Abendstunden (sog. Randstunden) bis zum 30. Juni 2024 verlängert. Diese Randzeitenverlängerung war bereits seit dem 1. August 2021 gestattet. Damit bleibt die Übernahme von mehr Einsätzen zwischen Sonnenaufgang und -untergang möglich.

Hinsichtlich der Verlegung des Standortes Freiburg in Richtung Südosten

hat sich auf der vorgesehenen Achse Kirchzarten – Todtnau kein flugverkehrstaugliches Grundstück gefunden. Das Land plant deshalb weiter mit dem Standort Freiburg. Hierdurch entsteht – anders als bei einer Unterlassung der notwendigen Verlegungen Leonberg nach Tübingen und Friedrichshafen nach Deggenhausertal-Wittenhofen – keine Versorgungslücke im südbadischen Raum. Dieser wird wie bisher 24 Stunden am Tag durch die schweizerische Luftrettung mitversorgt.

Die Krankenkassen unterstützen die Entscheidung des Innenministeriums, die Empfehlungen des Gutachtens vollständig umzusetzen.

„Mein Dank gilt allen Akteuren, die konstruktiv an der Entscheidungsfindung mitgewirkt haben. Zugleich lade ich auch zur weiteren gemeinsamen Umsetzung des Luftrettungsgutachtens ein, damit wir die Versorgung der Notfallpatientinnen und -patienten in Baden-Württemberg weiter verbes-



Bild: ADAC Luftrettung/Sylvi Thierbach

sern. Ich bin froh, dass Land und Krankenkassen zur Sicherstellung einer noch besseren medizinischen Luftrettungsversorgung an einem Strang ziehen. Mein Dank gilt zudem allen Beteiligten für ihren Einsatz und ihr Engagement bei der Standortsuche, insbesondere den Akteuren, die sich für Standorte eingesetzt haben, die nun nicht den Zuschlag als neuen Luftrettungsstandort erhalten haben“, so Innenstaatssekretär Wilfried Klenk abschließend.

FAQs mit ausführlichen Antworten und ergänzenden Informationen zu den Änderungen bei der Luftrettung finden Sie auf unserer Homepage unter: <https://kurzelinks.de/vxde>

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

(ID) Die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ wurde eingesetzt, um Lehren aus der Corona-Pandemie zu ziehen und Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, die das Ziel haben, das baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester aufzustellen.

Die Enquetekommission besteht aus 14 ordentlichen Mitgliedern. Diese sind zusammengesetzt aus sieben Abgeordneten der verschiedenen, im Landtag vertretenen Fraktionen und sieben externen Mitglieder aus Wissenschaft, Verwaltung und Zivilgesellschaft, die durch den Landtag gewählt wurden.

Die Enquetekommission widmet sich diesen vier Handlungsfeldern:

- Gesundheitsversorgung
- staatliche Krisenvorsorge (Früherkennung und Bekämpfung von Krisen unter Einbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft)

- Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
- Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft und Nutzung ihrer Potentiale zur Krisenvorsorge und Krisenbewältigung

Die Enquetekommission führt zur Aufklärung der verschiedenen Fragen aus dem Einsetzungsbeschluss in der Regel öffentliche Anhörungen durch. Hierzu werden Sachverständige, also insbesondere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Bedienstete der verschiedenen Verwaltungsebenen sowie Vertreterinnen und Vertreter von

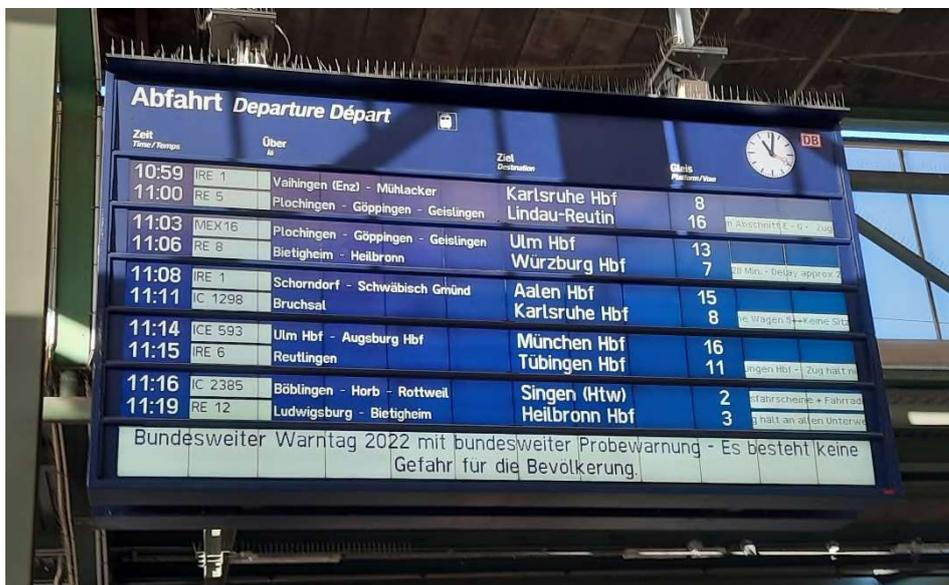
Wohlfahrtsverbänden, eingeladen und befragt.

Die Arbeit der Enquetekommission wird in einem Abschlussbericht münden. Dabei sollen konkrete Handlungsempfehlungen an den Landtag dazu gerichtet werden, wie Staat und Gesellschaft in Baden-Württemberg zukunftssicher aufgestellt werden können.

Der öffentliche Teil der Sitzungen wird im Livestream des Landtags übertragen (abrufbar unter: <https://kurzelinks.de/oyjt>)

Bundesweiter Warntag 2022 – Erfolgreicher Testlauf für die Warnsysteme

(ID) Ob bei einem Brand mit giftigen Rauchgasen, einem Fund einer Weltkriegsbombe oder einer Trinkwasserverunreinigung: Es gibt unterschiedliche Situationen, in denen die Behörden die Bevölkerung vor Gefahren warnen müssen. Der bundesweite Warntag hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Menschen mit dem Thema Warnung vertraut zu machen und auch herauszufinden, wie die Warninfrastruktur noch verbessert werden kann.



Am 8. Dezember 2022 um 11:00 Uhr war es so weit: Anlässlich des zweiten bundesweiten Warntags hat die Nationale Warnzentrale im Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) die zentrale Probewarnung über das Modulare Warnsystem (MoWaS) herausgegeben. Die Probewarnung wurde in Form eines Warntextes an alle Warnkanäle und -medien versendet, die an MoWaS angeschlossen sind. Hierzu zählen eine Vielzahl von Rundfunk- und Fernsehanstalten, Betreiber von Stadtinformationstafeln oder auch Infosysteme der Deutschen Bahn sowie Warn-Apps wie NINA. Erstmals wurde über MoWaS auch der neue Warnkanal Cell Broadcast angesteuert.

„Auch wenn die Fachleute den Warntag nun zunächst mit der nötigen Sorgfalt bewerten müssen, lässt sich sagen, die großen technischen Probleme des ersten Warntages sind Vergangenheit. Es ist gelungen, aus dem ersten bundesweiten Warntag am 10. September 2020 zu lernen – und so muss das auch sein“, so Innenminister Thomas Strobl in einem ersten Fazit zum bundesweiten Warntag.

Testphase für Cell Broadcast ist ange laufen

Der bundesweite Warntag war der Startschuss für den Beginn der Testphase des Warnkanals Cell Broadcast.

In dieser Testphase ist noch kein vollständiger Wirkbetrieb vorgesehen und die Einführung von Cell Broadcast noch nicht abgeschlossen.

Wer am Warntag keine Probewarnung über Cell Broadcast erhalten hat, für den könnten folgende Hinweise hilfreich sein:

- Nicht alle Mobilfunkgeräte können Cell Broadcast-Nachrichten empfangen. Ältere Geräte können dies oftmals nicht.
- Damit das eigene Gerät Cell Broadcast-Nachrichten empfangen kann, benötigt es aktuelle Updates.
- Um Cell Broadcast-Nachrichten zu



empfangen, muss das Handy eingeschaltet und darf nicht im Flugmodus sein.

- In einigen älteren Geräten muss darüber hinaus in den Einstellungen die Notfallbenachrichtigung aktiviert werden.

Einen Auszug einer Liste mit Cell Broadcast-fähigen Geräten und weitere Informationen zum neuen Warnkanal finden Sie auf den Internetseiten des BBK unter:

<https://kurzelinks.de/n80u>

Die an der Einführung des Warnkanals Cell Broadcast beteiligten Akteure werden die weitere Testphase nutzen, um die technischen Abläufe weiter zu optimieren. Seitens des Bundes ist beabsichtigt, den Warnkanal Cell Broadcast am 23. Februar 2023 für die warnenden Stellen im Modularen Warnsystem freizuschalten.

Beteiligung der Kommunen am Warntag

Das Innenministerium hatte die Stadt- und Landkreise und Gemeinden eingeladen, sich am bundesweiten Warntag zu beteiligen. Viele Kommunen haben den Aktionstag genutzt und bereits im Vorfeld einiges unternommen, um die Bevölkerung zu informieren, was sie am Warntag erwarten wird. Am Warntag selbst haben viele Kommunen ihre örtlichen Warnkonzepte erprobt und zum Beispiel kommunale Warnmittel wie Sirenen ausgelöst.

Die Teilnahme der Kommunen am Warntag war freiwillig. Da nicht überall im Land Sirenen zur Warnung der Bevölkerung eingesetzt werden, kam es vor Ort am Warntag nicht zwingend zu einer akustischen Probewarnung mittels Sirenen. Darüber hinaus dauert aktuell der Aufbau der im Rahmen des Sirenenförderprogramms des Bundes geförderten Sirenen in den meisten Kommunen noch an.

Online-Umfrage zum Warntag

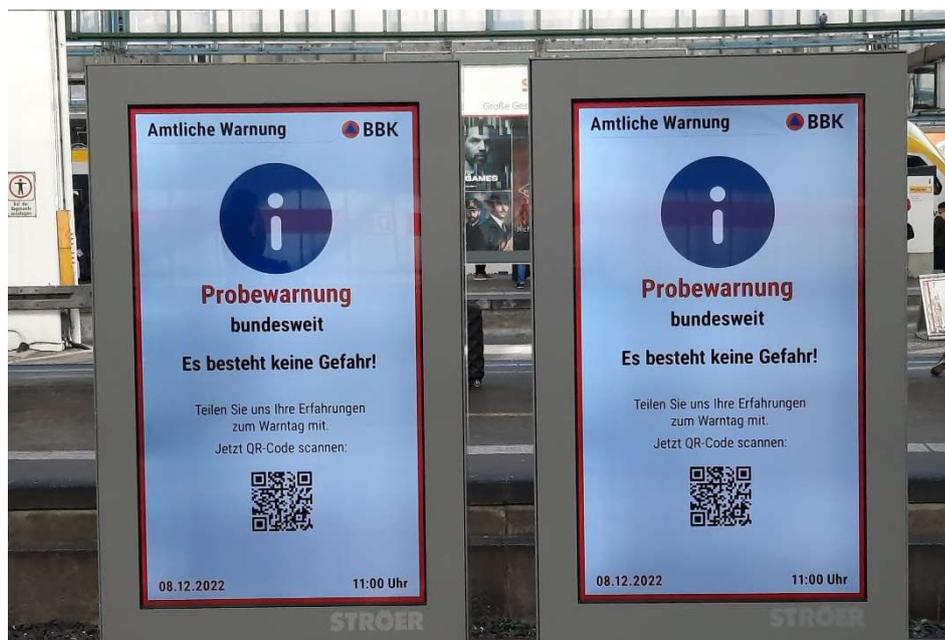
Vom 8. bis 15. Dezember 2022 hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 7



schutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Kooperation mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen eine Online-Umfrage zum Warntag 2022 durchgeführt. Bürgerinnen und Bürger konnten hierbei anonym ihre Erfahrungen und Wahrnehmungen rund um den Warntag teilen. Die Ergebnisse der Umfrage werden nun wissenschaftlich ausgewertet und sollen auch als Basis für die Vorbereitungen zum nächsten Warntag am 14. September 2023 dienen.

Informationen zum Thema Warnung der Bevölkerung finden Sie auf unserer Homepage unter: <https://kurzelinks.de/7Inc>
Auf der Seite können Sie auch unser Medienpaket herunterladen.



Kreisübergreifender Katastrophenschutz: Rund 250 Einsatzkräfte nehmen an einer Übung teil

(RPF) Ereignisse wie die Hochwasserkatastrophe im Ahrtal oder die Waldbrände in Brandenburg und Sachsen zeigten, dass für die Bewältigung solcher Schadensereignisse die Zusammenarbeit mehrerer Landkreise notwendig ist.



Eine Drohnenaufnahme der Übung an der Linachtalsperre. Alle Bilder dieses Artikels: Regierungspräsidium Freiburg

Um die notwendigen Einsatzkräfte bei einem solchen Schadensereignis systematisch und lagegerecht an die Einsatzstelle heranzuführen, hat das Regierungspräsidium Freiburg als höhere Katastrophenschutzbehörde ein Konzept zur kreisübergreifenden Hilfeleistung erarbeitet und dies im Jahr 2022 fortgeschrieben. Dieses Konzept wur-

de nun erstmals seit dem Beginn der Corona-Pandemie bei einer Katastrophenschutzübung am 15. Oktober 2022 an der Linachtalsperre im Schwarzwald-Baar Kreis mit rund 250 Einsatzkräften der Feuerwehren, des DRK, des Malteser Hilfsdiensts und des THW aus den Kreisen Freiburg, Konstanz, Schwarzwald-Baar und

Waldshut in der Praxis beübt. Koordiniert wurde die kreisübergreifende Übung vom Regierungspräsidium Freiburg gemeinsam mit dem Landratsamt des Schwarzwald-Baar-Kreises als untere Katastrophenschutzbehörde.

Angenommen wurde eine langanhaltende Trockenperiode, welche zu Wassermangel im Linachtal führte: Das Vieh drohte zu verdursten, die Löschwasserversorgung konnte nicht mehr sichergestellt werden und es bestand erhöhte Waldbrandgefahr. Zur gleichen Zeit gab es eine fiktive Explosion infolge einer kulturellen Veranstaltung am Fuße der Linachtalsperre. Die Bühne drohte in die Linach abzustürzen, mehrere Verletzte galt es medizinisch zu versorgen.

Diese Schadensereignisse ließen die örtlichen Einsatzkräfte des Schwarzwald-Baar Kreises an ihre technischen und personellen Grenzen stoßen: Die Unterstützung anderer Landkreise war notwendig, um die Schadenslage zu bewältigen. Damit dies koordiniert erfolgt und gleichzeitig die Grundversorgung sowohl im eigenen Landkreis als auch im gesamten Regierungsbezirk aufrechterhalten werden kann, wurde das Re-

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 8



gierungspräsidium Freiburg gemäß dem Konzept zur kreisübergreifende Hilfeleistung über den entsprechenden Meldeweg eingeschaltet. Dem Regierungspräsidium Freiburg liegt eine Übersicht über sämtliche Einheiten nach VwV-KatSD vor, weshalb personelle und materielle Unterstützung lagegerecht an die Einsatzstelle entsendet werden kann. Angefordert wurden mehrere Einheiten, welche dann in den Landkreisen Konstanz und Waldshut sowie der Stadt Freiburg alarmiert wurden. Die Einsatzleitung übernahm der Kreisbrandmeister des Schwarzwald-Baar-Kreises, unterstützt durch den landkreiseigenen Führungsstab.

Bei der Bewältigung der Schadenslage galt es, die Wasserförderung über eine lange Wegstrecke zu beüben. Die Wegstrecke um die es sich handelte, war insgesamt ca. 5 km lang, umfasste ca. 160 Höhenmeter und wurde durch drei Züge Wasserförderung hergestellt. Außerdem musste technische Hilfe geleistet werden, um sowohl die Bühne vor einem Absturz zu bewahren als



Auch ein Massenansturz von Verletzten wurde bewältigt.

auch weitere Explosionen zu verhindern. Dies wurde durch zwei Zügen Technische Hilfe bewältigt.

Infolge der Explosion bei der kulturellen Veranstaltung gab es einen Massenansturz von Verletzten. Für die Behandlung der Verletzten wurde durch zwei Einheiten ein Behandlungsplatz 25 aufgebaut. Dieser ermöglicht es, in einer Stunde 25 Verletzte nach einer Triage behandeln zu können. Bei der Triage geht es darum, nach Sich-

tung der Verletzung die Priorität der medizinischen Behandlung feststellen zu können, um einerseits das Leben möglichst vieler Patienten retten zu können und andererseits die Krankenhäuser nicht zu überlasten.

Vor Ort konnten sich Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, der erste Landesbeamte des Schwarzwald-Baar-Kreises Dr. Martin Seuffert, die Abgeordnete des baden-württembergischen Landtags Martina Braun sowie weitere Kommunal-, Behörden- sowie Pressevertreter davon überzeugen, wie die Unterstützung der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen und Feuerwehren kreisübergreifend funktioniert, Abläufe organisiert sind und letztlich viele Räder ineinander greifen zum Schutz der Bevölkerung.



Abrollbehälter Hytrans Fire System (AB-HFS)

Stärkung des digitalen Krisenmanagements der Landesregierung

(ID) Die Landesregierung stärkt das digitale Krisenmanagement und den ressortübergreifenden Informationsaustausch durch die Freigabe der Elektronischen Lagedarstellung für den Bevölkerungsschutz (ELD-BS) für alle Ministerien.

Mit Blick auf aktuelle und mögliche kommende Krisensituationen, stellte der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl in der Kabinettsitzung am 15. November 2022 die Elektronische Lagedarstellung für den Bevölkerungsschutz (ELD-BS) vor und bot den anderen Ministerien die Mitnutzung der ELD-BS zur Bewältigung ressortübergreifender Einsatzlagen an.

In der an die Kabinettsitzung anschließenden Landespressekonferenz gingen sowohl Ministerpräsident Winfried Kretschmann als auch Innenminister Thomas Strobl auf die Notwendigkeit ein, das Verwaltungsebenen übergreifende Krisenmanagement optimal aufzustellen und für die Zukunft fit zu machen. Die bereits bei den Katastrophenschutzbehörden eingeführte ELD-BS hat das Innenministe-

rium technisch anpassen und sowohl für horizontale sowie vertikale Nutzergruppen erweitern lassen, so dass zukünftig alle Ministerien, die Regierungspräsidien und die unteren Verwaltungsbehörden über eine gemeinsame Plattform verfügen, um im Ereignisfall lagerelevante Informationen austauschen können. Alle teilnehmenden

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 9



den Behörden könnten übergreifend Daten in Echtzeit austauschen und so schneller eine Einsatzlage bewältigen, erklärte Innenminister Strobil: „Ganz gleich ob eine medizinische Krise, eine Tierseuche oder eine Gasmangellage – es steht ein einheitliches digitales Werkzeug für eine moderne und übergreifende Stabsarbeit zur Verfügung, mit dem wir die Sicherheitsarchitektur des Landes ganz entscheidend stärken.“

Das Anwendungsspektrum ist breit: Egal ob großflächiger Stromausfall oder Tierseuchelage, ob Starkregenereignis oder Hochwasserlage bis hin zum Katastrophenfall. Über das in die ELD-BS integrierte Lagetool kann auf alle einsatzrelevanten Informationen zugegriffen werden. Die Anwendung gewährleistet somit auf einen Blick die

Übersicht über die aktuellen Lagen in den Stadt- und Landkreisen und in den Regierungsbezirken. Darüber hinaus kann beispielsweise für die Planung bei Hochwasserlagen und Stromausfall eine Krisenobjektdatenbank genutzt werden, die auf Geoinformationen basiert. Mit der sogenannten Zentralen Evakuierungs- und Unterbringungssteuerung für den Bevölkerungsschutz (ZEUS-BS) können die zuständigen Behörden zudem eigene Objekte (Sammelstellen, Notunterkünfte etc.) anlegen und verwalten, aber auch lokale Evakuierungen planen, vorbereiten und durchführen. Dabei ist das Tool ähnlich einem Hotelreservierungssystem aufgebaut und vereinfacht die Zuweisung von evakuierten Menschen auf Notunterkünfte. Sowohl die Krisenobjektdatenbank, als auch das Evakuierungstoll sollen



den Gemeinden mittelfristig für deren Gefahrenabwehrplanung und die Mitwirkung im Katastrophenschutz zur Verfügung gestellt werden.

Die Pressemitteilung finden Sie unter dem folgenden Link: <https://kurzelinks.de/412r>

Strahlenspürtrupps üben für den Ernstfall

(RPF) Die Bewältigung eines kerntechnischen Unfalls wird im Rahmen einer Gesamtnotfallübung (GNU) von schweizerischen Behörden und dem grenznahen Ausland im Rhythmus von zwei Jahren geübt. Neben Behörden aus Baden-Württemberg und Deutschland nahmen im Verlauf der zweitägigen Übung auch Strahlenspürtrupps der Feuerwehren aus dem Regierungsbezirk Freiburg daran teil.



Messung vor dem KKW Leibstadt
Alle Bilder dieses Artikels: Regierungspräsidium Freiburg

Am 27.09.2022, dem ersten Tag der Übung GNU 22, wurde in einer Stabsrahmenübung das Szenario eines rasch ablaufenden kerntechnischen Unfalls im Kernkraftwerk Leibstadt, das sich in unmittelbarer Sichtweite zur deutschen Stadt Waldshut-Tiengen befindet, geübt. Da in einem radiologischen Notfall auch das deutsche Gebiet betroffen sein kann, sind regelmäßig bereits in Übungen die jeweiligen Katastrophenschutz- sowie radiologischen Fachbehörden beider Länder beteiligt.

So waren, in unterschiedlichem Umfang, an Tag 1 und 2 die folgenden Stellen beteiligt: das Radiologische Lagezentrum des Bundes (RLZ), welches sich aus Bundesministerium für

Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) und der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) zusammensetzt, das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (UM BW), das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg (IM BW), die Landesfeuerwehrschule (LFS), das Regierungspräsidium Freiburg (RPF), das Landratsamt Waldshut (LRA WT), das Polizeipräsidium Freiburg (PP FR) sowie ehrenamtliche Einsatzkräfte der Feuerwehren aus allen Kreisen des Regierungsbezirks Freiburg.

Am zweiten Übungstag wurde das Übungsszenario auf deutscher Seite mit einer Messübung unter Einsatz verschiedener Messdienste fortgesetzt. Nachdem im Laufe des ersten Übungstages nur Prognosedaten einer möglichen Freisetzung vorlagen, kam es gegen Abend zur fiktiven Freisetzung von Radioaktivität in die Umwelt. Nach Abzug der

fiktiven radioaktiven Wolke, wurden die Messdienste eingesetzt, um ein Bild von der „tatsächlichen“ radiologischen Lage in den betroffenen Gebieten zu erhalten, die vom RLZ errechnete Ausbreitung zu überprüfen und möglicherweise durch die Katastrophenschutzbehörde getroffene Maßnahmen nötigenfalls anpassen oder erweitern zu können.

Durch den Verwaltungsstab der zuständigen Katastrophenschutzbehörde, dem RP Freiburg, wurden im Übungsablauf die Strahlenspürtrupps und die Landesfeuerwehrschule zur Einrichtung einer Lokalen Messzentrale (LMZ) alarmiert.

Die Einrichtung dieser LMZ wurde unter der technischen Einsatzleitung

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 10



Dekontamination eines CBRN-Erkunders



Einblicke in die Lokale Messzentrale (LMZ) unter technischer Einsatzleitung der Landesfeuerwehrschule

(TEL) der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg (LFS) im Feuerwehrgerätehaus Kaitle unter großem personellen Einsatz der örtlichen Feuerwehr Waldshut-Tiengen eingerichtet.

Auf Basis der mit Echtwetterdaten simulierten radiologischen Lage des RLZ wurde eine übergeordnete Messempfehlung erstellt. Auf Grundlage dieser Messempfehlung entwickelte das UM BW eine Messstrategie und die konkreten Messaufträge für die Messdienste des Landes. Dabei wurden vom UM BW die Strahlenspürtrupps der Feuerwehren sowie für stärker kontaminierte Bereiche um das Kernkraftwerk Leibstadt auch die Messdienste der Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) und der Kerntechnischen Hilfsdienst GmbH (KHG) koordiniert.

In einer radiologischen Lage übernimmt die LMZ die direkte Koordinierung der Mess- und Probenahmeaufträge des UM BW für die Strahlenspürtrupps, lädt anschließend die Messergebnisse in die Elektronische Lage-darstellung des Umweltministeriums für radiologische Ereignisse hoch und lässt genommene Proben zur Untersuchung in Labore bringen.

Die während der Übung eingesetzten Strahlenspürtrupps fuhrten zur Auftrags erledigung die ihnen von der TEL zugeteilten Mess- und Probenahme-punkte an, welche von der LUBW vordefiniert sind und in regelmäßigen Abständen überprüft werden.

Die zehn Strahlenspürtrupps

des Regierungsbezirks Freiburg sowie der CBRN-Erkunder der LFS arbeiteten die Arbeitsaufträge unter Einsatz einer Simulationssoftware ab. In Echtzeit wurden mithilfe der Simulation während der Fahrt fiktive Messwerte generiert, welche auf der Ausbreitungs-berechnung des RLZ basierten und damit die simulierte Strahlenbelastung vor Ort abbildeten. So konnte das Umweltministerium die von den Strahlenspürtrupps gemessene fiktive radiologische Kontamination der Umwelt in die Lagebeurteilung miteinbeziehen. Auch im Ernstfall wären solche Daten notwendig, um lagegerecht Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung ergreifen zu können und die tatsächliche vorhandene radiologische Kontamination der Umwelt mit der zuvor erstellten Ausbreitungsberechnung des RLZ abgleichen zu können.

Nach Erledigung ihrer Arbeitsaufträge

kehrten die Strahlenspürtrupps zur lokalen Messzentrale zurück. Um dort eine mögliche Kontaminationsverschleppung durch Fahrzeuge und Personen zu vermeiden, wurde ein Kontaminationsnachweisplatz sowie eine Probensammelstelle auf dem Gelände der Messzentrale aufgebaut. Hier wurden die einfahrenden Fahrzeuge (CBRN-Erkunder) zunächst dekontaminiert und die Boden- und Wasserproben abgegeben. Für die Einsatzkräfte der Strahlenspürtrupps fand zum Abschluss eine Messung auf Kontaminationsfreiheit statt. Zu Übungszwecken mussten einige Einsatzkräfte zur persönlichen Dekontamination ihre Kleidung ablegen und duschen.

Im Rahmen der Messübung konnte das Zusammenspiel sämtlicher Akteure erfolgreich getestet werden. Die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehren waren hierbei mit großem Engagement und Einsatz bei der Sache. Die Aufgabe der Strahlenspürtrupps ist abseits der alltäglichen Arbeit der Feuerwehren in der allgemeinen Gefahrenabwehr eine Sonderaufgabe und benötigt viel Engagement und spezifisches Fachwissen für den korrekten Umgang mit Messgeräten und Ausrüstung. Insgesamt waren ca. 90 Personen an der Messübung beteiligt.

Informationen zum Radiologischen Lagezentrum des Bundes (RLZ) finden Sie auf der Homepage des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz unter:

<https://kurzelinks.de/53qI>



Letzte Erklärungen zum Einbau der Erkunder-Simulation in die CBRN-Erkunder

KÜKEX 2022 im Regierungsbezirk Tübingen

(RPT) Am 13. und 14. Oktober 2022 fand im Regierungsbezirk Tübingen der Stabsrahmenübungs-Anteil der Kreisübergreifenden Krisenmanagement-Exercise (KÜKEX) 2022 statt. Als Übungsszenario wurde ein kerntechnischer Unfall in einem fiktiven KKW Springfield II zugrunde gelegt, das am Standort des KKW Neckarwestheim 2 (KKW GKN 2) im Regierungsbezirk Stuttgart angesiedelt war. Aufgabenschwerpunkte für die an der Stabsrahmenübung beteiligten Verwaltungsstäbe waren die Planung und Vorbereitung der Aufnahme der aus dem Regierungsbezirk Stuttgart zu Evakuierenden im Regierungsbezirk Tübingen sowie die Planung und Vorbereitung der Bereitstellung von Unterkünften und Verpflegung. Hierbei wurden die realen Bedingungen zum Übungszeitpunkt zu Grunde gelegt. Lediglich das Wetter war übungskünstlich vorgegeben, mit Abzug der radiologischen Wolke in nördlicher Richtung.



Beide Bilder dieses Artikels: Regierungspräsidium Tübingen

An dieser ersten regierungsbezirksweiten Stabsrahmenübung beteiligten sich neben dem Regierungspräsidium Tübingen alle Landkreise aus dem Regierungsbezirk Tübingen (mit Ausnahme des Alb-Donau-Kreises) sowie der Stadtkreis Ulm. Insgesamt haben in den jeweiligen Verwaltungsstäben über 400 Personen an der Stabsrahmenübung teilgenommen, wovon rund 50 Personen für einen reibungslosen und koordinierten Ablauf in den jeweiligen Übersteuerungen sorgen. Mit den Planungen und Vorbereitungen auf die Übung wurde ungefähr ein Jahr vorher, im Herbst 2021, begonnen.

Neben einer Reihe von Besprechungen mit den verschiedenen Planungsgruppen zum Szenario und den Vorbereitungen auf die Übung selbst, hat das Regierungspräsidium Tübingen interne Bemühungen vorangetrieben, um den neu konzipierten „Stabsflügel“ im Hauptgebäude des Regierungspräsidiums im Zuge der KÜKEX 2022 erstmals beüben zu können. Kernin-



halt des „Stabsflügel“-Konzepts ist die Einrichtung von Kopfstellen für die einzelnen Stabsbereiche des Verwaltungsstabes sowie eines Lagezentrums für den Vb 5, die allesamt in unmittelbarer Nähe zueinander liegen, um die notwendigen Absprachen kurzfristig realisieren und noch effizienter gestalten zu können. Eine Herausforderung hierbei war, dass die für den Stabsflügel genutzten Räume im Tagesgeschäft nicht für die Stabsarbeit vorgehalten werden, sondern von verschiedenen Referaten als Büroräumlichkeiten genutzt werden. Im Fall einer Reallage muss daher eine schnelle und reibungslose Umstellung gewährleistet sein. Die dafür notwendigen Lösungen und die technische Ausstattung der Räume im Vorfeld waren eine nicht unerhebliche Herausforderung, welche sich aber rundum gelohnt hat, da sich das Stabsflügelkonzept bei der KÜKEX 2022 bewährt hat.

Der Schwerpunkt der Übungsvorbereitung lag, nachdem das Szenario finalisiert war, in der Erstellung von Einlagen. Insgesamt wurden rund 480 Einlagen geschrieben und am Übungstag von den verschiedenen Übungssteuerungen in die Lage eingespielt. Hauptübungstag war der 14. Oktober 2022 von 08:00 Uhr bis 16.45 Uhr. Den mitübenden Landratsämtern bzw. dem Bürgermeisteramt der Stadt Ulm stand es hierbei frei, ob sie sich mit ihrem gesamten Verwaltungsstab oder lediglich als KoKo(+) an der Übung beteiligten.

Das Regierungspräsidium Tübingen selbst aktivierte bereits am 13. Oktober den KoKo und beteiligte sich am Hauptübungstag mit allen Verwaltungsstabsbereichen am Übungsgeschehen. Neben 16 Übungsbeobachtenden, die mit

ihrer fachlichen Expertise diese Stabsrahmenübung bewerteten, standen dem Regierungspräsidium sieben externe Fachleute für die Zentrale Übungssteuerung zur Verfügung, die mit ihrem engagierten Einsatz eine möglichst realitätsnahe Abbildung von nicht mitübenden Stellen gewährleistet haben. Hierfür auch an dieser Stelle unser recht herzlicher Dank!

Derzeit erstellt Referat 16 den Übungsabschlussbericht. Im Einzelnen identifizierte Optimierungspotenziale werden Schritt für Schritt angegangen. Insgesamt kann ein positives Fazit der Stabsrahmenübung gezogen werden kann. Die KÜKEX 2022 kam bei allen Teilnehmenden gut an, und allenthalben wurde bei den Rückmeldungen betont, wie notwendig ein regelmäßiger Übungsturnus ist.

Allen KÜKEX-Mitwirkenden, sei es bei der Planung oder der Durchführung dieser Übung, sprechen wir unseren Dank für die hohe Motivation, das tolle Engagement und die dazugehörige Eigeninitiative aus.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen
Abt. 6 – Bevölkerungsschutz, Krisenmanagement, Verfassungsschutz
Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart
Tel.: (0711) 231 - 4
E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Karin Scheiffele (v.i.S.d.P.)
Kim Dunklau-Fox

Layout / Gestaltung:

Kim Dunklau-Fox

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

Abonnement:

Unter dem folgenden Link können Sie den Infodienst abonnieren: <https://kurzlinks.de/yv9r>